AZ: 65.0 hi

Drucksache Nr.: 0544/2003/DS

=====

Beratungsfolge	Termin	Status	Behandlung
Hauptausschuss	07.12.2004	N	Kenntnisnahme
Bau-, Planungs- und Umwelt- ausschuss	16.12.2004	Ö	Vorberatung
Ratsversammlung	21.12.2004	Ö	Endg. entsch. Stelle

Berichterstatter:

OBM/Erster Stadtrat

Verhandlungsgegenstand:

**BARRIEREFREIER AUSBAU STÄDTISCHER
LIEGENSCHAFTEN**

Antrag:

1. Die Ergebnisse der Gespräche mit dem Runden Tisch für Menschen mit Behinderung werden zur Kenntnis genommen.
2. Die abgeschlossenen und zurzeit laufenden Maßnahmen (Anlage 1 Pkt. 1.0 und 2.0) werden zur Kenntnis genommen.
3. Den zum Haushalt 2005/2006 angemeldeten bzw. nachzumeldenden Maßnahmen (Anlage 1 Pkt. 3) wird zugestimmt.
4. Den mittelfristig umzusetzenden Maßnahmen (Anlage 1 Pkt. 4) wird zugestimmt.
5. Den langfristigen Maßnahmen (Anlage 1 Pkt. 5) wird zugestimmt.
6. Dem Vorschlag, im Grundschulbereich im konkreten Bedarfsfall außerplanmäßige Mittel bereitzustellen, wird zugestimmt. (Anlage 1 Pkt. 7)

7. Den organisatorischen Maßnahmen (Anlage 1 Pkt. 7.0) wird zugestimmt.

Finanzielle Auswirkungen:

siehe unten

Begründung:

Die Ratsversammlung hat die Verwaltung mit dem Beschluss vom 02.12.2003 beauftragt, „unter Beachtung der finanziellen Situation der Stadt Neumünster, in Absprache mit dem Runden Tisch für Menschen mit Behinderungen, Prioritäten für den Abbau von Barrieren in städtischen Liegenschaften festzulegen. Die erneut zu erstellende Prioritätenliste soll dabei nicht nur auf die finanzielle Machbarkeit, sondern auch im Hinblick auf die Notwendigkeit der geplanten Umbaumaßnahmen und auf die Gebäudeauswahl mit dem Runden Tisch für Menschen mit Behinderungen abgesprochen werden. Aus diesen Gesprächen soll ein Stufenplan entwickelt werden, der realisierbare und finanzierbare kurz-, mittel- und langfristige Schritte zum Abbau von Barrieren berücksichtigt.“

Auf Basis des o. g. Beschlusses wurden Gespräche mit dem Runden Tisch für Behinderungen geführt. In den Gesprächen wurden, neben der Festlegung von Prioritäten, grundsätzliche Anforderungen von Menschen mit Behinderung behandelt und Mindeststandards für eine barrierefreie Nutzung von Einrichtungen definiert.

Grundsätzliche Ziele:

Grundsätzliches Ziel für die städtischen Liegenschaften ist es, eine barrierefreie selbständige Nutzbarkeit der öffentlichen Gebäude für Bürger mit und ohne Behinderungen sicherzustellen. Die möglichen Behinderungen beschränken sich dabei nicht allein auf die Gehbehinderungen. Die Anforderungen und Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen sind bei städtischen Baumaßnahmen entsprechend der Landesbauordnung grundsätzlich zu berücksichtigen. Da die Barrierefreiheit nicht nur ein Thema öffentlicher Liegenschaften ist, sollten auch private Bauherren, z. B. im Rahmen der Baugenehmigungsverfahren, über das Thema informiert werden.

Aufgrund der Struktur der städtischen Liegenschaften und nicht zuletzt aufgrund der Haushaltssituation der Stadt Neumünster können die Anforderungen an die Barrierefreiheit nicht kurzfristig und in einzelnen Liegenschaften auch nur eingeschränkt erfüllt werden. Daher wurden für die einzelnen funktionalen Gruppen der Liegenschaften grundsätzliche Anforderungen, Mindestziele und Prioritäten festgelegt. Im Grundsatz wurde festgestellt, dass für die Barrierefreiheit folgende Mindestanforderung zu erfüllen sind:

- die Nutzung eines Gebäudes entsprechend seiner Funktion,
- die Erreichbarkeit der Erdgeschosebene,
- und die Ausstattung mit behindertengerechten WC-Anlagen.

Für die Nutzung nicht barrierefreier Liegenschaften wurde vom Runden Tisch für Menschen mit Behinderung die Anschaffung eines Treppensteigers vorgeschlagen, der flexibel nach Bedarf in allen Liegenschaften eingesetzt werden kann und mit dem behinderte Mitbürger,

Schüler und Schülerinnen mit Hilfestellung einer Person Treppen in Gebäuden überwinden können.

(Bei der nachfolgenden Einschätzung der Barrierefreiheit sind Hindernisse, wie Eingangspodeste von geringer Höhe, die sich baulich leicht verändern lassen, nicht in allen Fällen berücksichtigt. Hier wird auch eine Rückmeldung aus den Einrichtungen erwartet, um solche geringfügigen Barrieren kurzfristig beseitigen zu können.)

Verwaltungsgebäude:

Grundsätzliche Anforderungen:

Bürgern mit Behinderungen muss, wie allen Bürgern, ermöglicht werden, ihre Geschäfte mit der öffentlichen Verwaltung wahrzunehmen, ohne dass die Nutzung durch bauliche Barrieren eingeschränkt wird.

Mindestanforderung

Die Mindestvoraussetzung ist der Zutritt zum Gebäude und die Erreichbarkeit der Erdgeschossesebene mit der Möglichkeit, die betreffende Sachbearbeiterin/den betreffenden Sachbearbeiter über seine Wünsche zu informieren. Für die Abwicklung der Geschäfte ist in dem Komplex der Verwaltungsgebäude, besser innerhalb der einzelnen Gebäude, ein barrierefrei zugänglicher Raum vorzuhalten.

Bemerkung

Die Verwaltungsgebäude sind zum Großteil insgesamt oder wenigstens in wesentlichen Teilen barrierefrei erreichbar und verfügen, soweit sie umfangreicheren Publikumsverkehr haben, auch über behindertengerechte Sanitäreinrichtungen. In Gänze nicht barrierefrei sind das Stadthaus, das Ausgleichsamt Großflecken 68 und die Ausländerbehörde Haartallee 2. Das Gesundheitsamt verfügt zwar über einen behindertengerechten Zugang und ein Untersuchungszimmer auf Eingangsniveau, Untersuchungs- und Verwaltungsräume auf der Erdgeschossesebene sind jedoch nicht selbständig erreichbar.

Priorität der Maßnahmen:

Unter Berücksichtigung der Besucherfrequenz und der Wahrscheinlichkeit, dass gehbehinderte Mitbürger die Einrichtung besuchen wird für folgende Maßnahmen Priorität gesehen.

Gesundheitsamt:	Zugänglichkeit der Untersuchungs- und Verwaltungsräume im Erdgeschoss
Stadthaus:	Zugänglichkeit der Erdgeschossesebene, Einrichtung eines Besprechungsraumes im Erdgeschoss

Als Sofortlösung wird vorgeschlagen, über entsprechende Beschilderungen, Internetseite, Telefonbuch usw., auf die Möglichkeit zu verweisen, telefonische Vereinbarungen für Termine in einem barrierefrei zugänglichen Raum innerhalb der Verwaltungsgebäude zu treffen.

Grundschulen:

Grundsätzliche Anforderungen

Grundsätzliches Ziel ist es, Kindern im Grundschulalter den Schulbesuch in ihrem direkten Wohnumfeld zu ermöglichen, da insbesondere für Kinder im Grundschulalter die soziale Integration im Wohnumfeld von besonderer Bedeutung ist.

Mindestanforderung:

Als Mindestvoraussetzung ist baulich und/oder organisatorisch sicherzustellen, dass ein Klassenraum und die WC-Anlagen barrierefrei zu erreichen sind. Die Teilnahme am Unterricht in Sonderklassen, wie Musik, Werken, Computer, ist den Kindern zu ermöglichen, da gerade für Kinder mit Behinderungen die wichtigen persönlichkeitsprägenden Erfolgserlebnisse eher in diesen Bereichen zu erzielen sind.

Bemerkung:

In den meisten Grundschulen wird es möglich sein, die organisatorischen oder baulichen Voraussetzungen zu schaffen. Größere, baulich nur schwer zu überwindende Probleme sind dagegen in den alten Schulgebäuden der Johann-Hinrich-Fehrs-Schule, Vicelinschule, Theodor-Storm-Schule und Mühlenhofschule zu erwarten.

Grundsätzlich sollen im Weiteren die Einsatzmöglichkeiten von ortsveränderlichen Treppen- oder Plattformliften, und Treppensteigern, die je nach Bedarf an unterschiedlichen Schulen eingesetzt werden könnten, geprüft werden.

Priorität der Maßnahmen

Die Priorität von Maßnahmen ist im konkreten Bedarfsfall festzulegen. In der Regel ist rechtzeitig vor Einschulung bekannt, in welcher Schule ein Kind mit Behinderung eingeschult werden soll. Hier sind auch Eltern, Gesundheitsamt, Schulverwaltung Hauke Haien Kindergarten und ortsansässige Kinderärzte gefordert, möglichst frühzeitig auf einen konkreten Bedarf hinzuweisen. Haushaltstechnisch sollte es ermöglicht werden, auf einen konkreten Bedarf mit der Bereitstellung von außerplanmäßigen Mitteln zu reagieren.

Weiterführende Schulen, Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien

Grundsätzliche Anforderungen

Anders als bei den Grundschulen steht die soziale Integration in einer wohnortnahen Schule nicht mehr im Vordergrund, da sich die Klassenverbände nach Ende der Grundschulzeit auflösen und die meisten Kinder die Schule wechseln. Die Barrierefreiheit ist im Gegensatz zu den meisten Grundschulen in fast allen weiterführenden Schulen durch den deutlich höheren Anteil des Unterrichts in Sonderklassen deutlich schwieriger zu gewährleisten. Grundsätzliches Ziel muss es sein die uneingeschränkte Nutzung eines Schultyps entsprechend der individuellen Fähigkeit des Schüler/ der Schülerin sicherzustellen.

Mindestanforderung:

Als Mindestvoraussetzung wird für die weiterführenden Schulen die barrierefreie Nutzung einer Schule je Schultyp gesehen.

Bemerkungen:

In den weiterführenden Schulen ist, bis auf die Gesamtschule Faldera und mit Einschränkungen das Alexander von Humboldt Gymnasium, die barrierefrei Nutzung stark eingeschränkt. Mit den aktuellen Planungen wird jedoch die Barrierefreiheit für die Hans-Böckler-Schule und die Freiherr-vom-Stein-Schule sichergestellt.

Priorität der Maßnahmen:

- Hauptschulen: Die Hans Böckler Schule wird im Rahmen des Programms zur Förderung der Ganztagschule barrierefrei ausgebaut. Die Fertigstellung ist für Ende 2005 geplant
- Realschulen: Freiherr-vom-Stein-Schule
in der Sanierung/Neubauplanung ist ein barrierefreier Ausbau vorgesehen
- Gymnasium: Alexander-von-Humboldt-Schule
hier sind zur Zeit die Sonderklassenräume, Bücherei, Aula und Lehrerzimmer sowie ein Klassenraum barrierefrei zugänglich
- Gesamtschulen: Zur Erfüllung des Mindeststandards zur Zeit kein Handlungsbedarf.

Aufgrund der eher dezentralen Lage der Alexander-von-Humboldt-Schule wird vom Runden Tisch für Menschen mit Behinderung ein barrierefreier Ausbau der Klaus-Groth-Schule oder der Holsten Schule favorisiert. Die technischen Umsetzungsmöglichkeiten werden geprüft

Berufsschulen

Grundsätzliche Anforderungen:

Berufsschulen, insbesondere die Landesberufsschulen haben ein regionales Einzugsgebiet. Abhängig von der Berufswahl und dem Wohnort haben Schüler mit Behinderungen wenige Alternativen für die Wahl eines anderen Berufsschulstandortes. Bauliche Barrieren in den Berufsschulen dürfen die freie Berufswahl nicht beeinträchtigen.

Mindestanforderung:

Eine barrierefreie Nutzung einer Berufsschulen entsprechend der Berufswahl ist in zumutbarer Entfernung vom Wohnort zu gewährleisten.

Bemerkung:

Gewährleistet ist die weitgehend barrierefreie Nutzung in der Theodor-Litt-Schule und der Walther-Lehmkühl-Schule. Für die Elly-Heuss-Knapp-Schule Carlstraße ist der Ersatz eines Lastenaufzugs durch einen Personenaufzug geplant. Die Mittel sind zum Haushalt 2005/2006 angemeldet. In der Elly-Heuss-Knapp-Schule – Bachstraße ist zu prüfen, ob durch organisatorische Maßnahmen die erforderliche Nutzbarkeit auf der barrierefrei erreichbaren Erdgeschossesebene sichergestellt werden kann.

Priorität der Maßnahmen:

Elly-Heuss-Knapp-Schule, Carlstraße:
Der vorhandene Lastenaufzug ist wegen verschiedener Auflagen zu ersetzen. Mit dem Umbau des Lastenaufzugs in einen Personenaufzug kann die Barrierefreiheit des Gebäudes für die wesentlichen Teile sichergestellt werden.

Kindertagesstätten

Grundsätzliche Anforderungen:

Für behinderte Kinder im Kindergartenalter ist sicherzustellen, dass sie, soweit es die Art der Behinderung zulässt, die öffentlichen Kindergärten besuchen können. Der Besuch der allgemeinen Einrichtungen ist von besonderer Bedeutung für die soziale Integration, da gerade Kinder im Kindergartenalter noch sehr unbefangen mit Behinderungen umgehen und den behinderten Kindern eine weitgehende Integration ermöglichen.

Mindestanforderung

Für behinderter Kinder im Kindergartenalter sind ausreichend Plätze in barrierefreien Einrichtungen zur Verfügung zustellen. Anders als bei den Grundschulen hat die Lage im direkten Wohnumfeld keine vorrangige Bedeutung, da die Wahl der Einrichtung durch die Eltern von verschiedenen Faktoren geprägt wird und Kinder im Kindergartenalter in der Regel sowohl zum Kindergarten als auch zu Verabredungen, Unterrichtsstunden usw. gefahren werden.

Bemerkung

Die städtischen Einrichtungen für die Kinderbetreuung sind weitgehend barrierefrei nutzbar. Es stehen ausreichend Plätze mit den erforderliche Einrichtungen zur Verfügung.. Mit den aktuellen Planungen zur Verlegung der Kita im Volkshaus wird auch eine barrierefreie Nutzung im Volkshaus gewährleistet.

Priorität der Maßnahmen:

Behindertengerechter Ausbau der Gruppenräume im Erdgeschoss im Rahmen Planungen zur Verlegung der Kita innerhalb des Volkshauses Tungendorf

Jugendfreizeitheim

Grundsätzliche Anforderungen:

Jugendfreizeitheim sollen grundsätzlich auch für behinderte Jugendliche ohne Einschränkung nutzbar sein.

Mindestanforderung:

Die wesentlichen Räume der Einrichtungen für Jugendliche sollen barrierefrei zugänglich sein und über die erforderlichen Sanitäreinrichtungen verfügen.

Bemerkung:

In den Einrichtungen Faldera, Gadeland, Wittorf und Ruthenberg ist die entsprechende barrierefreie Nutzung gewährleistet. Im JFH Einfeld sind die Voraussetzungen für eine barrierefreie Nutzung aufgrund der Gebäudestruktur in dem vorhandenen Gebäude nicht erfüllbar. Im Projekthaus 412 sind die Anforderungen nicht umzusetzen, da das Gebäude nicht im städtischen Eigentum ist.

Priorität der Maßnahmen

Bei einer möglichen Umnutzung der Boostedter Straße 3 (Nutzung durch den Jugendverband Neumünster entsprechend des Beschlusses der Ratsversammlung) ist sicherzustellen, dass alle

wesentlichen Einrichtungen barrierefrei erreichbar sind.

Kultureinrichtungen

Grundsätzliche Anforderungen:

(Büchereien, Veranstaltungsräume, Kulturbüro, Caspar-von-Saldern-Haus, Alte Bücherei Einfeld, Volkshaus Tungendorf, Stadthalle).

Kulturelle Einrichtungen sollten grundsätzlich barrierefrei nutzbar sein, da die Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen für Menschen mit Behinderungen zum Teil von noch größerer Bedeutung ist, als für Menschen ohne Behinderung.

Mindestanforderung

Behinderten Mitbürgern ist durch Wahl der Veranstaltungsräume oder durch bauliche Maßnahmen in den Einrichtungen die Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen zu ermöglichen.

Bemerkung

Die meisten Kultureinrichtungen sind bereits heute barrierefrei nutzbar. Für das Caspar-von-Saldern-Haus sehen die vorhandenen Umbauplanungen bereits eine barrierefreie Nutzung vor. Nicht barrierefrei nutzbar sind Veranstaltungen in der alten Bücherei in Einfeld

Priorität der Maßnahmen

Caspar-von-Saldern-Haus

Kulturbüro (soweit das Kulturbüro in der alten Holstenbrauerei verbleibt, ist in Absprache mit dem Vermieter die Einrichtung eines barrierefreien Zugangs über den Seiteneingang zu prüfen)

Kulturveranstaltungen sollten vorrangig in Räumen geplant werden, die barrierefrei zugänglich sind.

Öffentliche WC-Anlagen

Grundsätzliche Anforderungen:

Für Menschen mit Gehbehinderung ist eine ausreichende Versorgung mit öffentlich nutzbaren, behindertengerechten WC-Anlagen anzustreben.

Mindestanforderung

Die vorhandenen behindertengerechten WC-Anlagen in öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen sind öffentlich kenntlich zu machen und auch für eine allgemeine Nutzung zu öffnen.

Bemerkung

Im Innenstadtbereich ist mit den öffentlichen und privaten Einrichtungen eine ausreichende Versorgung gewährleistet. Die öffentliche Nutzung des behindertengerechten WC in der Stadthalle ist zu klären.

Priorität der Maßnahmen:

Behindertengerechte WC-Anlagen von öffentlichen Gebäude, die auch für Nichtbesucher der Einrichtung erreichbar sind, sind zu kennzeichnen und mit Euro-Schlössern zu versehen .

Für den zum Haushalt angemeldeten, dringend erforderlichen Neubau der Toilettenanlage an

der Einfelder Schanze ist auch eine barrierefreie Nutzung eingeplant.

Für Bau und Betrieb öffentlicher Toiletten werden zur Zeit auch Leasing oder Betreibermodelle geprüft. In diesem Zuge soll auch eine weitergehende barrierefreie Nutzung untersucht werden.

Aus o.g. Ausführung und der Zusammenstellung der Maßnahmen in Anlage 1 wird deutlich, dass die Stadt Neumünster bereits erhebliche Anstrengungen unternimmt, um zunächst die Mindeststandards für eine barrierefreie Nutzung der städtischen Liegenschaften zu erfüllen. Aufgrund der Anzahl der städtischen Liegenschaften können weitere Verbesserungen jedoch nur langfristig erzielt werden. Es wird daher vorgeschlagen ab dem Haushalt 2007/2008 jährlich einen Betrag von 50.000 Euro in den Haushalt einzustellen, mit dem, in Absprache mit dem Runden Tisch für Menschen mit Behinderungen, Maßnahmen zur Verbesserung der barrierefreien Nutzung städtischer Liegenschaften umgesetzt werden, die über die Mindestanforderungen hinausgehen.

Im Auftrag

Unterlehberg
Oberbürgermeister

Arend
Erster Stadtrat

Anlage 1

Zusammenstellung der Maßnahmen zum barrierefreien Ausbau der städtischen Liegenschaften

	Einrichtung	Abgeschlossene Maßnahmen	Zeitplan
1	Hauke Haien Kindergarten	Einbau von Behinderten -WC Eingangsüberdachung	abgeschlossen
1.2	Walther Lehmkuhl-Schule	Abbau von Barrieren im Eingangsbereich	abgeschlossen
1.3	Theodor Litt Schule	Einbau von Behinderten WC , Abbau von Barrieren im Eingangsbereich	abgeschlossen
1.4	LBS Medien und Drucktechnik	Abbau von Barrieren im Eingangsbereich	abgeschlossen
		Aktuelle Maßnahmen	
2.1	Hans Böckler Schule	Barrierefreier Ausbau im Rahmen der Einrichtung der offenen Ganztagschule	Fertigstellung 2005
2.2	Caspar von Saldern Haus	Barrierefreier Ausbau im Rahmen der Umbaumaßnahmen für Jugendmusikschule	Fertigstellung 2005
2.3	Wippendorf Schule	Verlegung von Teppichböden in einem Klassenraum wegen Einschulung eines hörbehinderten Schülers	Fertigstellung 2005
		Maßnahmen 2005/ 2006	
3.1	Elly- Heuss Knapp Schule Carlstr.	Ersatz eines abgängigen Lastenaufzuges durch Personenaufzug	Angemeldet zum Haushalt 2005/2006
3.2	Freiherr vom Stein Schule	Barrierefreier Ausbau im Rahmen der Sanierungs- und Neubauplanungen	Angemeldet zum Haushalt 2005/2006
3.3	Kita im Volkshaus Tungendorf	Barrierefreier Ausbau der Gruppenräume im Erdgeschoss im Rahmen der Verlegung der Kita innerhalb des Volkshauses	Angemeldet zum Haushalt 2005/2006
3.4	Toilettengebäude an der Einfelder Schanze	Barrierefreier Ausbau im Rahmen des erforderlichen Neubaus der Toilettenanlage	Angemeldet zum Haushalt 2005/2006
3.5	Gesundheitsamt	Barrierefreier Zugang zur Erdgeschossebene durch Einbau eines Treppenliftes. Die Kosten betragen ca. 9000,- Euro	Nachmeldung Haushalt 2005/2006
3.6	Alle Liegenschaften	Anschaffung eines Treppensteigers für flexiblen Einsatz in allen städtischen Einrichtungen Die Kosten betragen ca 5.600,- Euro	Nachmeldung Haushalt 2005/2006
		Mittelfristige Maßnahmen	
4.1	Stadthaus	Barrierefreier Ausbau der Erdgeschossebene. Planung im Zuge der anstehenden Raumplanung für die Gesamtverwaltung	mittelfristig
4.2	Gymnasien Innenstadt	Prüfung der technischen Machbarkeit eines barrierefreien Ausbaus	mittelfristig

		Langfristige Maßnahmen	
5.1	Sonstige Liegenschaften	Langfristiges Programm (50.000,- Euro/Jahr) zum Abbau von Barrieren in städtischen Liegenschaften	Ab Haushalt 2007/2008
6.0		Außerplanmäßige Maßnahmen	
6.1	Grundschulen	Für Grundschulen sollen aufgrund der besonderen Wichtigkeit der wohnortnahen Einschulung im konkreten Bedarfsfall auch außerplanmäßig Mittel bereitgestellt werden, soweit eine Barrierefreiheit nicht durch organisatorische Maßnahmen sichergestellt werden kann und keine andere Schule im Wohnumfeld zur Verfügung steht.	
7.0		Organisatorische Maßnahmen	
7.1	Verwaltungsgebäude	Beschilderung , Hinweise in Telefonbüchern und Internet auf die Möglichkeit Besprechungstermine in barrierefrei zugänglichen Räumen des Rathauses zu vereinbaren	Kurzfristig
7.2	Behindertengerechte Toilettenanlage	Beschilderung und Ausrüstung von frei zugänglichen behindertengerechten Toiletten in städtischen Gebäuden mit „Euro Schlüsseln“ prüfen	Kurzfristig
7.3	Kultureinrichtungen	Planung von Kulturveranstaltungen vorrangig in barrierefrei zugänglichen Liegenschaften	Kurzfristig
7.4	Nicht städtische Liegenschaften	Information über barrierefreies Bauen im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens prüfen	Kurzfristig